



Freitag, 12. Dezember 2025, 14:00 Uhr
~15 Minuten Lesezeit

Die Koalition der Friedensunwilligen

Europa spielt bei den Gesprächen zur Beendigung des Russland-Ukraine-Konflikts keine Rolle — wir sollten darüber froh sein.

von Uwe Froschauer
Foto: Christophe Licoppe/Shutterstock.com

Es geht bergab mit Europas Renommee und seinem Einfluss in der Welt. Normalerweise bedauern die

meisten Deutschen diese Tatsache – sind sie doch in der Mitte des Kontinents angesiedelt und in EU-Strukturen eingebunden – quasi mitgefangen, mitgehängt. Unter den momentanen, konkreten Umständen können wir allerdings nur erleichtert aufatmen, wenn gemeldet wird, Deutschland und die Europäische Union seien bei den Vorbereitungsgesprächen zu einem Friedensschluss zwischen der Ukraine und Russland alles andere als „gefragt“. Noch deutlicher gesagt: Niemand fragt Merz, Starmer, Macron und andere Abendlandverteidiger nach ihrer Meinung, weil ohnehin klar ist, dass nichts Vernünftiges dabei herauskommen würde. Die Friedensgespräche sind zwar nicht so weit fortgeschritten, wie man es im Interesse der vielen Soldaten auf beiden Seiten, deren Leben bedroht ist, wünschen würde – die Einmischung der Europäer, die zunehmend in ihre kostenintensiven Aufrüstungspläne verliebt sind, würde die ohnehin komplizierte Lage jedoch nur noch weiter verschärfen. Kaum hat der US-Präsident einen diskussionswürdigen Friedensplan vorgelegt, müssen die EU-Granden diesen so relativieren, dass eine Zustimmung Russland unmöglich erscheint. Ohne das große Land, das sich – ob es einem passt oder nicht – in dieser Auseinandersetzung auf der Siegerstraße befindet, wird es aber keinen Frieden geben. Hier möchte man den Europäern zurufen: „Sic tacuisses“ – ihr hättet besser geschwiegen.

Die Koalition der „Willigen“ und der „Friedensplan“ – die Frage ist: gewillt zu was?

Der 28-Punkte-Friedensplan der USA

Der von den USA vorgeschlagene 28-Punkte-Friedensplan für die Ukraine sah unter anderem vor, dass die Ukraine bestimmte Gebiete abtritt, insbesondere die Regionen (Oblasten) Luhansk und Donezk im Donbas, ihre Streitkräfte reduziert, und auf einen NATO-Beitritt verzichtet.

Diese Fassung hätte die russische Kontrolle über die Krim, Luhansk und Donezk anerkannt, selbst über Gebiete, die das russische Militär noch gar nicht besetzt hatte, und gleichzeitig den Status von Cherson und Saporischschja entlang der Kontaktlinie eingefroren. Die ukrainischen Streitkräfte sollten von 800.000 auf 600.000 Mann reduziert, ein NATO-Beitritt rigoros ausgeschlossen und Sicherheitsgarantien gewährt werden. Darüber hinaus enthielt der Plan Maßnahmen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die vor allem den USA nutzen würden, sowie zum Wiederaufbau und zu humanitären Fragen wie zum Beispiel einem Gefangenenaustausch.

In meinen Augen ist das ein realistischer Plan – mit Ausnahme der unbegründeten Vorteilsverschaffung für die USA –, da Russland den vom Westen provozierten Krieg in militärischer Sicht eindeutig gewonnen hat, egal was uns die europäischen „Spitzenpolitiker“ diverser Regierungen einreden wollen.

Der europäische Gegenvorschlag – die wichtigsten Punkte

Nach massiver Kritik, insbesondere aus Europa, wurde der Plan überarbeitet: Es gibt inzwischen eine „modifizierte“ Version („revised peace framework“). Einige der umstrittenen Vorschläge wurden abgeschwächt oder gestrichen.

Die europäischen Verbündeten der Ukraine legten einen Gegenvorschlag vor, der die zentralen europäischen und ukrainischen Anliegen stärker berücksichtigen soll. Meines Erachtens besitzt das Gefolge des nicht mehr amtierenden bellizistischen Biden-Regimes – namentlich die europäischen Kriegstreiber, insbesondere die Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands sowie die Spitze der EU, vertreten durch Ursula von der Leyen – keinerlei Mitspracherecht bei den Friedensverhandlungen. Denn genau diese Akteure hielten den Krieg trotz wiederholter Verhandlungsangebote Russlands durch unsinnige, tödliche und steuerfinanzierte Waffenlieferungen aufrecht. Der europäische Vorschlag zum Friedensplan für die Ukraine beinhaltet derzeit (Stand Ende November 2025) vornehmlich folgende Vorschläge:

Es soll keine erzwungenen Gebietstransfers geben und territoriale Verhandlungen sollen erst nach einem bedingungslosen Waffenstillstand beginnen. Als Verhandlungsbasis gilt die aktuelle „Line of Contact“ (die gegenwärtige Frontlinie).

Darauf wird Russland mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht eingehen. Und das weiß die Koalition der „Willigen“.

Mein Fazit:

Die Europäer wollen den Krieg nicht beenden, denn ihre Bemühungen, eine Kriegswirtschaft aufzubauen, laufen auf Hochtouren. Solange der Krieg andauert, und gleichzeitig eine herbeigeredete, völlig unbegründete

Kriegsgefahr für Europa beschworen wird, ist der Großteil der Bevölkerung vom durch Unfähigkeit, Dummheit sowie Macht- und Besitzgier der Politiker verursachten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Desaster abgelenkt.

Die Wirtschaft in der EU sollte ausschließlich dem zivilen Nutzen dienen – doch unter anderem die Regierungen Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs sowie die sogenannten „Spitzenpolitiker“ der EU haben sie systematisch an die Wand gefahren. Dieser „einer Kapitulation gleichkommende Friedensplan“, dieses „Friedensdiktat“, wie der US-Friedensplan in den bellizistischen Kreisen Europas gerne genannt wird, muss aus Sicht der Kriegstreiber um jeden Preis verhindert werden. Er würde die Inkompetenz der bestenfalls mittelmäßig mental begabten, eliteinstruierten Politmarionetten offenlegen und ihnen ein Ausscheiden aus dem Amt nahelegen.

Eine weitere, von den Europäern gewünschte Änderung betrifft die Militär- und Sicherheitsgarantien für die Ukraine sowie eine flexiblere Begrenzung der Truppenstärke. Die ukrainische Armee soll in Friedenszeiten auf maximal 800.000 Soldaten begrenzt werden – nicht auf 600.000, wie es der US-Plan vorsah. Meines Erachtens sind beide Truppenstärken wesentlich zu hoch.

Der Vorschlag sieht zudem Sicherheitsgarantien für die Ukraine vor – einschließlich einer Garantie, die sich am Prinzip eines kollektiven Verteidigungsbündnisses orientiert. Ein NATO-Beitritt der Ukraine wird nicht ausgeschlossen; der Plan hält jedoch fest, dass es aktuell keinen Konsens der NATO-Mitglieder über eine Aufnahme gibt. Eine zukünftige Mitgliedschaft soll möglich bleiben.

Mein Fazit zu diesem Punkt:

Der europäische Plan ist ein „Friedensdiktat“ für

Russland. Die Kriegstreiber in Europa drehen den Spieß einfach um, obwohl sie genau wissen, dass Russland einen solchen Plan niemals akzeptieren kann.

Geradezu grotesk ist es, den zentralen Auslöser der russischen Invasion – den von der NATO durch ihre kontinuierliche Osterweiterung befeuerten Konflikt um einen möglichen NATO-Beitritt der Ukraine – nicht einmal ausschließen zu wollen!

Mit der erneuten Aussicht auf einen NATO-Beitritt der Ukraine wird bewusst eine rote Linie überschritten. Die Koalition der „Kriegswilligen“ weiß genau, dass dieser Punkt für Russland untragbar ist. Damit zeigt sich einmal mehr, dass jene, die sich lautstark als Friedensverfechter präsentieren, in Wahrheit keinerlei Interesse an einer Beendigung des Krieges haben – genauso wenig wie damals im März 2022 bei den Verhandlungen in Istanbul.

Besonders lautstark drängen – wie so oft, wenn es um geopolitische Machtprojektion geht – die Briten auf einen NATO-Beitritt der Ukraine. Laut der Nachrichtenagentur Reuters erklärte der britische Premierminister Keir Starmer am 14. Februar 2025 dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, Großbritannien halte trotz widersprüchlicher Signale aus Washington an der Position fest, die Ukraine befände sich auf einem „unumkehrbaren Weg zur NATO-Mitgliedschaft“.

Auch die am 22. November 2025 offiziell angenommene gemeinsame Stellungnahme der europäischen Länder, die als Reaktion auf den US-Friedensplan für die Ukraine dienen soll, wurde von Starmer unterzeichnet. Punkt 11 des europäischen Gegenvorschlags eröffnet die Möglichkeit eines EU-Beitritts der Ukraine – ein Aspekt, auf dessen militärische Relevanz ich später noch eingehen werde.

Die Rolle Großbritanniens auf dem europäischen Bankett wirkt auf mich immer etwas merkwürdig: Man hat die EU verlassen, gibt sich

aber weiterhin als „die einzige wahren Europäer“. Es riecht nach Doppelmoral, finden Sie nicht? Aber dafür ist ja der Wertewesten mittlerweile bekannt, nicht wahr?

Dem völker- und kindermordenden israelischen Regime und ihrem Chef Benjamin Netanjahu nichts entgegensetzen, aber Wladimir Putin dämonisieren. Diese selektive Empörung spricht Bände über die politische Kultur des sogenannten Wertewestens.

Gleichzeitig schlägt der europäische Plan vor, in Friedenszeiten keinerlei dauerhaft stationierte NATO-Truppen unter NATO-Kommando auf ukrainischem Boden zuzulassen.

Was heißt „keine dauerhaften NATO-Truppen“? Eine zeitweise Stationierung wäre also möglich? Die NATO hat in der Ukraine überhaupt nichts verloren! Würden die USA tatenlos zusehen, wenn sich auf Kuba russische Truppen tummeln würden?

Zu Friedenssicherung, Wiederaufbau und Entschädigung ist dem europäischen Plan eine umfassende Rekonstruktion der Ukraine zu entnehmen – mit Entschädigung und Wiederaufbau. Als Finanzierungsquelle sollen eingefrorene russische Staatsvermögen herangezogen werden, solange Russland nicht für den Krieg haftet.

Doch warum soll nur Russland alleine zahlen und haften? Russland war bereits Ende März 2022 in Istanbul bereit, über ein Abkommen zu verhandeln, das der Ukraine vergleichsweise günstige Bedingungen geboten hätte. Es war der sogenannte „Wertewesten“, der diese Verhandlungen torpediert und damit eine frühe Beilegung des Konflikts verhindert hat. Wenn man von Verantwortung spricht, muss man diese Tatsachen mitbenennen.

Der Vorschlag verzichtet auf jenen Mechanismus im US-Plan, der vorsah, amerikanischen Investoren einen Teil der Gewinne aus dem

Wiederaufbau zuzuschustern. Stattdessen soll der Wiederaufbau überwiegend der Ukraine zugutekommen.

Zumindest in diesem Punkt stimme ich mit dem europäischen Plan überein. Warum sollten ausgerechnet die USA – die treibende Kraft in der Provokation dieses Krieges – am Ende davon profitieren?

Bezüglich des Völkerrechts, der Selbstverteidigung sowie der Souveränität der Ukraine bekräftigt der europäische Plan ausdrücklich die Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Der europäische Entwurf will angeblich zwischen russischen Forderungen, der Realität an der Front und den sicherheitspolitischen Interessen der Ukraine und Europas vermitteln – mit dem Ziel, einen dauerhaften und gerechten Frieden zu ermöglichen, ohne die Sicherheit und Souveränität der Ukraine aufzugeben. Damit unterscheidet er sich deutlich vom ursprünglichen US-Plan, der teilweise als zu russlandfreundlich und als Gefahr für die europäische Sicherheitsarchitektur betrachtet wurde.

Mein Fazit: Realitätsferne Traumtänzer – die Herren Starmer, Macron und Merz sowie die ohnedies nicht integre Frau von der Leyen! Der Ansatz dieser Kriegswilligen soll angeblich auf einen „gerechten und dauerhaften Frieden“ abzielen, basierend auf völkerrechtlichen Prinzipien und der Charta der Vereinten Nationen. Doch ausgerechnet die Verlierer dieses Krieges – die Ukraine und das völlig schief gewickelte, teils von Totalversagern geführte Europa – maßen sich an derartig überhöhte und unrealistische Forderungen zu stellen.

Europäische Politiker haben nach ihrer desaströsen Performance der letzten Jahre in der Ukraine ohnedies überhaupt nichts am Verhandlungstisch verloren. Sie sollten einfach den Mund halten. Die USA und Russland nehmen die Stimmen der als friedensbereit

getarnten Bellizisten in Europa ohnehin längst nicht mehr ernst.

Der außenpolitische Berater von Kremlchef Wladimir Putin, Juri Uschakow, äußerte sich zu den jüngsten Änderungen am Friedensplan entsprechend: Sie seien absolut unkonstruktiv. Der Kreml besteht weiterhin auf dem ursprünglichen amerikanischen Friedensplan als Grundlage für Verhandlungen.

Mitte 2025 sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow – lange vor dem aktuellen europäischen Gegenvorschlag – dass er Zweifel daran hege, was Europa bei Verhandlungen beitragen könnte. Wörtlich sagte er:

„Ich weiß nicht, was sie am Verhandlungstisch tun würden. Wenn sie irgendwelche geschickten Ideen zur Einfrierung des Konflikts vorbringen wollen – während sie in Wirklichkeit meinen, den Krieg fortzusetzen – warum sollten wir sie dann einladen?“

Ich sehe das ebenso wie Lawrow, dem in meinen Augen kein europäischer Politiker das Wasser reichen kann.

Nachdem Ende November 2025 der neue europäische Gegenvorschlag veröffentlicht worden war, reagierte der Kreml unmissverständlich: Der Plan sei „völlig unkonstruktiv“ und „für uns nicht akzeptabel“.

Moskau unterscheidet klar zwischen dem US-Originalentwurf und dem von Europa überarbeiteten Gegenvorschlag – ersterem steht Russland vergleichsweise offen gegenüber, den europäischen Änderungen hingegen eindeutig ablehnend. Und das zu Recht!

Ich hoffe, Donald Trump kehrt zu seiner ersten Fassung zurück und verzichtet bei einer weiteren Verhandlungsrunde auf das Mitwirken

der bellizistischen Europäer. Die Begriffe Kriegstreiber und Friedensverhandlungstisch schließen sich gegenseitig aus!

Nun, bei dem ursprünglichen 28-Punkte-US-Plan springt tatsächlich mehr für Russland als für die Ukraine heraus. Russland ist der militärische Sieger dieses fast schon vier Jahre andauernden Krieges. Seine Dauer hat der Westen durch sinnbefreite, die Rüstungsindustrie bereichernde Waffenlieferungen und andere kriegsverlängernde Maßnahmen entscheidend mitverursacht. Die Ukraine trägt die Folgen: unzählige Tote, zerstörte Infrastruktur und verwüstete Wohngebäude.

Russland sollte selbstverständlich die Schäden ersetzen, die es bis Ende März 2022 verursacht hat; für die Zerstörungen, die durch das Blockieren der damals realen Verhandlungschance in Istanbul entstanden sind, sollte hingegen der „Wertewesten“ aufkommen, der den Krieg nicht beenden wollte. Die vielen Toten, die bei einer erfolgreichen Verhandlung in Istanbul vermeidbar gewesen wären, gehen zu einem erheblichen Teil auf das Konto des Westens, der einen Stellvertreterkrieg in der Ukraine führt, in dem ukrainische und russische Soldaten starben und weiter sterben.

Der US-Plan ist nicht etwa gefährlich für die „europäische Sicherheitsstruktur“, sondern einzig für den Sesselerhalt der versagenden Kriegstreiber und für die Profite der Rüstungsindustrie, die sich durch verantwortungslose Kriegswirtschaft bereichert.

Der im europäischen Plan so prominent betonte Widerstand gegen erzwungene Grenzänderungen oder erzwungene Gebietsabtretungen – insbesondere ohne Zustimmung der Ukraine – ist eine Farce, völlig fern jeder Realität.

Was für verlogene und heuchlerische Worte dieser Kriegstreiber! Auf große Teile der Ostukraine hat das faschistisch unterwanderte

und korruptionsverdächtige Kiew-Regime definitiv keinen moralischen Anspruch mehr.

Nun zum Verzicht auf die Gebiete Donezk und Luhansk:

Das Kiewer Regime hat Luhansk und Donezk in der Ostukraine von 2014 bis zur russischen Invasion unter Beschuss genommen. Mehr als 14.000 Menschen starben bis zum russischen, völkerrechtswidrigen, von der NATO provozierten Überfall der Ukraine am 24. Februar 2022.

Seit 2014 zahlte die Ukraine keine Renten mehr an die Bevölkerung in der Ostukraine, finanzielle Leistungen wurden fast vollständig gestrichen. Die Lebensmittelversorgung wurde abgeschnitten, woraufhin Russland einsprang.

Aus humanitärer Sicht hat die Ukraine in meinen Augen den Anspruch auf dieses Gebiet ohnehin verloren – schon vor der Vorlage des neuen US-amerikanischen Friedenplans. Der Donbass hat für Kiew vor allem wirtschaftliche Bedeutung, da er einst das Rückgrat der ukrainischen Industrie bildete.

Die Ostukraine ist reich an Bodenschätzen – geschätzte 12 Billionen Dollar –, die die Ukraine und die meisten scheinheiligen europäischen Staaten nur ungern Russland überlassen wollen. Da liegt der Hund begraben!

Zur Annektierung der Krim:

Laut Volkszählungen war die Bevölkerung der Krim bereits vor 2014 überwiegend „russischstämmig“ beziehungsweise russischsprachig. Laut der ukrainischen Volkszählung von 2001 gaben rund 58,5 Prozent der Einwohner ihre Nationalität als Russen an, 24,4 Prozent waren Ukrainer und etwa 12,1 Prozent Krimtataren. Nach Angaben einer umstrittenen russischen Volkszählung von 2014 machten

Russen etwa 65 Prozent der Bevölkerung aus. Dennoch, aus beiden Volkszählungen ergibt sich ein klares Übergewicht des russischen Bevölkerungsanteils. Am 16. März 2014 fand ein ebenfalls strittiges Referendum statt, bei dem nach offiziellen Angaben circa 97 Prozent der Abstimmenden für den Beitritt zur Russischen Föderation waren.

Laut Nachwahlbefragungen stimmten etwa 93 Prozent der Teilnehmenden für den Anschluss an Russland. Umfragen nach der Annexion deuten darauf hin, dass ein hoher Anteil der Krim-Bewohner das Referendum rückblickend als fair ansah: Laut Pew Research Center glaubten 91 Prozent der Befragten, dass das Referendum „frei und fair“ gewesen sei, und 88 Prozent meinten, die ukrainische Regierung solle die Ergebnisse anerkennen.

Warum also diese realitätsfernen Forderungen der „Koalition der Willigen“? Sie wollen diesen Krieg nicht beenden, und hoffen, durch Kriegswirtschaft ihr Versagen vertuschen zu können. Dass weitere Tausende Menschen dadurch sterben würden und werden – falls die Kriegstreiber die Oberhand behalten sollten –, scheint ihnen egal zu sein; Hauptsache ihr Machterhalt ist gesichert. Wie erbärmlich! Vielleicht hoffen sie tatsächlich – wie einst die Größenwahnsinnigen Hitler und Napoleon –, Russland doch noch in die Knie zu zwingen, um von den reichen Rohstoffvorkommen des Landes profitieren zu können. Armselig – arm an Seele!

Die humanitären Aspekte des europäischen Plans – wie der Austausch von Kriegsgefangenen, die Rückkehr deportierter Zivilpersonen und Kinder sowie die Unterstützung für Kriegsopfer – ebenso wie weite Teile des Wiederaufbauprogramms sind zu begrüßen. Punkt 11 des europäischen Planes klingt harmlos, ist jedoch ein zweischneidiges Schwert. Darin steht: Die Ukraine ist für eine EU-Mitgliedschaft berechtigt und erhält während der Prüfung einen kurzfristigen bevorzugten Marktzugang zu Europa.

Im Buch „Wahrheitssuche im Ukraine-Krieg“ legt Autor Thomas Mayer die tatsächliche Lage in der Ukraine dar, und schreibt, dass die Folgen eines EU-Beitrittes der Ukraine dramatisch wären. In seinem Gastbeitrag vom 16. August 2025 in meinem Blog [wassersaege.com](https://wassersaege.com/blogbeitraege/eu-beitritt-der-ukraine-bedeutet-deutsche-soldaten-an-die-front-und-wirtschaftliches-desaster/) schreibt Thomas Mayer **Folgendes** (<https://wassersaege.com/blogbeitraege/eu-beitritt-der-ukraine-bedeutet-deutsche-soldaten-an-die-front-und-wirtschaftliches-desaster/>):

„Soldaten der EU-Staaten müssten in der Ukraine kämpfen und sterben“

Die EU ist ein Militärbündnis. Das wissen die wenigsten, doch das ist seit dem Lissaboner Vertrag von 2009 der Fall. Nach Artikel 42 Absatz 7 des Lissabon-Vertrages müssen Mitgliedstaaten angegriffenen EU-Ländern „alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung“ leisten. Damit geht die Verpflichtung zu einer umfassenden Kriegsbeteiligung in der EU sogar noch weiter als in der NATO. In der NATO verlangt ein „Bündnisfall“ nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages von Mitgliedstaaten lediglich, Maßnahmen zu ergreifen, „die sie für erforderlich“ erachten. „Erforderlich erachten“ ist eine weiche Formulierung, die den einzelnen Staaten alles offenlässt. Da ist der Lissabon-Vertrag deutlicher.

Alle EU-Staaten wären nach einem EU-Beitritt der Ukraine also verpflichtet, Soldaten in die Ukraine zu entsenden. Denn sie müssten alle ‚in ihrer Macht stehende Unterstützung‘ leisten. Dazu gehört natürlich auch das eigene Militär. Damit würden Deutschland und alle anderen EU-Staaten in einen offenen Krieg mit der Atommacht Russland eintreten.

Laut dem Lissabon-Vertrag könnte man solche Militäreinsätze vermeiden, wenn die EU feststellt, dass die Ukraine nicht ein Opfer war, sondern selbst die souveränen Donbass-Regionen angegriffen hat und damit der Kriegseintritt Russlands eine völkerrechtskonforme

Hilfe bei der Selbstverteidigung der Donbass-Regionen nach Art. 51 und UNO-Charta war. Eine solche Einschätzung ist aber für die EU-Regierungen zu viel verlangt, da sie über Jahre das Gegenteil behauptet haben, um ihre starke Beteiligung am Krieg gegen Russland zu rechtfertigen.

Bei einem Sterben der eigenen Soldaten würde aber die Stimmung in der Gesellschaft kippen. Deshalb ist es sehr unwahrscheinlich, dass es einen EU-Beitritt der Ukraine vor Kriegsende geben wird.“

Fazit

Die Ukraine und das von der Biden-Regierung zur Unterstützung dieses Krieges angestiftete Europa haben diesen Krieg verloren. Der Verlierer musste schon immer weitreichende Zugeständnisse machen – wie Deutschland 1918 schmerhaft erfuhr. Die Niederlage war von Anfang an absehbar und wird mit dem Sieg Russlands enden, egal wie lange die europäischen Bellizisten die Beendigung dieses Krieges noch hinauszögern.

Die unfähigen und in meinen Augen größtenteils ruchlosen europäischen „Spitzenpolitiker“ – besser: Spitzenversager – versuchen, in ihren Ländern eine Kriegswirtschaft zu etablieren, da sie die Wirtschaft ihrer Länder an die Wand gefahren haben.

Die Abermilliarden Euro, die der Bevölkerung abgepresst und völlig sinnlos in die Ukraine geleitet wurden, haben die europäischen Bellizisten zu verantworten. Das wird kein Zuckerschlecken für die europäischen Kriegstreiber, und davor haben sie berechtigte Angst: Ohne ein Feindbild ist ihre unheilbringende Strategie schwer aufrechtzuerhalten und der Bevölkerung nicht mehr zu vermitteln.

All diese Entscheidungen werden auf dem Rücken meist junger Ukrainer und Russen ausgetragen, die zu Hunderten täglich ihr Leben verlieren oder verwundet werden. Verachtenswert, dass die Kriegstreiber auf deren Rücken ihr mörderisches Spiel treiben, während sie selbst sicher in ihren Büros sitzen!

Nicht zu vergessen sind auch die europäischen Steuerzahler, die dieses sinnlose und bluttriefende Unterfangen der ethisch unterbelichteten Kriegstreiber finanzieren – und sich auf eine weitere massive Reduzierung ihres Wohlstands einstellen müssen, solange der Krieg anhält.

Bundeskanzler Friedrich Merz prahlte am 26. November im Deutschen Bundestag damit, weitere 11,5 Milliarden in die Ukraine zu schicken – BlackRock wird sich freuen –, während bei der Rente jeder Euro zweimal umgedreht wird.

Die NATO soll jetzt doch bis an die Haustür Russlands gebracht werden, Menschenleben spielen keine Rolle. Merz und seine europäischen Spießgesellen – die Koalition der Kriegswilligen – haben den Friedensplan von US-Präsident Donald Trump in einen Kriegsplan verwandelt. Sie sollten sich schämen; ich bezweifle jedoch, dass diese Damen und Herren dieses Gefühl noch kennen. Der Krieg geht weiter und noch mehr Menschen sterben, weil das Böse nach wie vor die Oberhand behält.

J.D. Vance, der US-amerikanische Vizepräsident reagierte mit folgenden klugen Worten auf die Bemühungen der Europäer:

„Es ist eine Fantasie, dass der Sieg zum Greifen nah ist, wenn wir (der Ukraine, Red.) nur mehr Geld, mehr Waffen oder mehr Sanktionen bereitstellen. Frieden wird nicht von gescheiterten Diplomaten oder Politikern geschaffen, die in einer Fantasiewelt leben. Er kann von klugen Menschen geschaffen werden, die in der realen Welt leben.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.



Uwe Froschauer hat an der Ludwig-Maximilians-Universität München Betriebswirtschaft studiert und abgeschlossen. Sein besonderes Interesse galt der Wirtschaftspsychologie. Er arbeitete als Unternehmensberater, gibt Seminare bei Berufsbildungsträgern, ist Autor mehrerer Bücher und betreibt den Blog **wassersaege.com** (<https://wassersaege.com/>). Seine Leidenschaft für weltweite Reisen machte ihn sensibel für Kulturen und Probleme anderer Völker. Er ist naturverbunden und liebt Tiere und Pflanzen.